

## Es gibt Lösungen

Die faktische Staatsgarantie für Grossbanken kommt einer Subventionierung gleich. Die Staatsgarantie gibt's unentgeltlich, die Kosten für das Risiko tragen die Steuerzahlenden. Der Staat wird erpressbar. Eine Studie im Auftrag der SP zeigt: Das Problem ist lösbar. Susanne Leutenegger Oberholzer.

Der Bund hat die UBS drei Mal gerettet: 2008 mit einer 60-Milliarden-Finanzspritze, 2009 mit der illegalen Datenauslieferung durch die Finma und 2010 mit dem US-Staatsvertrag. Jedes Mal verpasste es die Politik, die Rettung an Auflagen zu knüpfen. In der Sommersession verhinderten dies SVP, CVF und FDP. Deshalb gibt es bisher keine Massnahmen gegen die zu hohen Boni und deshalb ist das Problem der zu grossen Bankrisiken noch immer ungelöst.

Es gibt taugliche und realistische Lösungen des „Too Big To Fail“-Problems - das zeigt eine unabhängige Studie der Uni Zürich, die im Auftrag der SP erstellt worden ist. Banken-Professor Urs Birchler schlägt ein mehrstufiges Massnahmenpaket vor. Die Erkenntnisse kurz zusammengefasst:

Punkt 1: Die Risiken müssen reprivatisiert werden. Es braucht mehr Eigenkapital. Ein einfaches Mittel dazu ist eine Aufstockung der indirekten Eigenmittel durch die Herausgabe von wandelbaren Schulden, die im kritischen Fall zu Eigenkapital werden. Je grösser die Bank, desto höher der Anteil an diesen „Contingent Convertible Bonds“. So werden die Banken zu einem vernünftigen Geschäftsmodell gezwungen, das nicht mehr auf einer staatlichen Haftungsgarantie beruht. Gleichzeitig stärkt diese Bereinigung die Wettbewerbsposition der kleineren Banken.

Punkt 2: Beschränkung der Grosse als Notmassnahme. Als wirksame Alternative zur dieser marktkonformen Lösung sieht die Studie nur eine direkte Grössenbeschränkung. Diese Lösung liesse sich auch direktdemokratisch erzwingen - falls die Aufstockung der indirekten Eigenmittel am Widerstand der Banken oder am fehlenden Interesse der Investoren scheitern sollte.

Punkt 3: Untaugliche Lösungen. Keine Lösungen sind die viel diskutierten Sollbruchstellen oder geheime Liquidationspläne. Sie klären nicht, wer im Krisenfall die Schulden wirklich trägt. Wenn eine Grossbank erneut vor dem Konkurs stehen sollte, muss aber genau diese Frage beantwortet sein. Es genügt nicht, die Abwicklung zu klären, aber die Kosten dafür weiterhin dem Staat aufzubürden.

Die Expertise erhöht den Druck auf die vom Bund ernannte Expertenkommission, in der leider die Vertreter der Wirtschaft klar in der Mehrheit sind. Faule Kompromisse liegen nicht drin. Die SP wird weiter an der Konkretisierung des Projektes mitarbeiten.

Von den erpresserischen Drohgebärden der Banken, sie würden im Fall von verschärften Regulierungen die Schweiz verlassen, darf sich die Politik nicht weiter beeindruckt lassen. Die Schweiz hat grosse Standortvorteile wie gesunde öffentliche Finanzen, tiefe Steuern, eine stabile Währung und politische Stabilität. All das werden die Banken andernorts nicht so leicht finden.

Die Studie als PDF: [www.spschweiz.ch/studie](http://www.spschweiz.ch/studie).

Links, Nr. 111, August 2010